

Samsung-Bildröhrenwerk Berlin

Innovation nicht gewollt?

Samsung will sein Berliner Bildröhrenwerk Ende des Jahres schließen. 750 Menschen sollen ihren Job verlieren.

Der Grund: Die Kunden wollen sich lieber Flachbildschirme ins Wohnzimmer stellen. »Guten Morgen, Global Player aus Südkorea.« Dass es so weit kommen würde, dürften selbst Laien voraus gesehen haben. »Seit fünf Jahren mahnen wir Innovationen an, aber nichts geschah«, sagt der Berliner IG Metall-Bevollmächtigte Arno Hager.

In Oberschöneeweide stehen 750 Arbeitsplätze auf dem Spiel. Das heißt: Genau so viele Familien stehen im neuen Jahr im Regen. Denn die Aussicht auf neue Jobs ist trübe bei einer Arbeitslosenrate von 20 Prozent in der Stadt und im Umland.

»Es kann nicht sein, dass Unternehmen die Innovation in ihrer Branche einfach verschlafen und ihre Belegschaft auf verbrannter Erde zurücklassen. Wir werden dem Abbau von Samsung nicht tatenlos zusehen«, sagt Arno Hager. In der Tat: Die Samsung-Werker haben nichts

zu verlieren. Sie kämpfen lautstark um ihr Werk und machen mit Kundgebungen, Demonstrationen und Autokorsos in der Hauptstadt von sich reden.

Mehr als 130 Berliner Betriebs- und Personalräte haben sich bereits mit den Samsung-Leuten solidarisiert. Wird der Betrieb stillgelegt, würde ganz Berlin damit nicht nur Arbeitsplätze verlieren, sondern »ein Stück Hoffnung, ein Stück Zukunft«, heißt es darin, und: »Wer seine Produkte hier verkauft, der hat auch eine Verpflichtung für Arbeitsplätze in diesem Land.«

»Wir stellen uns quer. Samsung muss und kann bleiben«, sagt der Betriebsratsvorsitzende Wolfgang Kibbel. Die Produktion könnte relativ schnell auf Flachbildschirme umgestellt werden. Auch ganz neue Produkte könnten entwickelt und hergestellt werden. Schließlich ist der Wissenschaftscampus Adlershof nur einen Steinwurf entfernt. »Wir fordern die Konzernführung auf, den Schließungsbeschluss zurück zu nehmen, in neue Produkte zu investieren und so dem Werk und uns eine Zukunft zu sichern«, fordert Kibbel. ◀

Protest: Die Werkschließung würde für den einst stolzen Industriestandort Oberschöneeweide weiteren sozialen Niedergang bedeuten



Kundgebung vor dem Roten Rathaus: Auch Berlins Regierender Bürgermeister Wowereit unterstützt die Belegschaft gegen die Samsung-Schließung

Arbeit für Berlin und Brandenburg

Es reicht. Angesichts immer neuer Hiobsbotschaften von Werkschließungen und massivem Arbeitsplatzabbau in der Berliner Metall- und Elektroindustrie fordert die IG Metall eine konzentrierte Aktion für Arbeit. Daran müssten sich Wirtschaft, Wissenschaft, Politik, Gewerkschaften und Verbände der Region beteiligen, sagte der Bezirksleiter der IG Metall Berlin-Brandenburg-Sachsen, Olivier Höbel.

»Berlin und sein Umland bilden den mit Abstand größten Ballungsraum in Ostdeutschland. Diese Wirtschaftsregion ist ein Schlüssel für den Erfolg beim Aufbau Ost. Daher muss ihre Entwicklung durch eine aktive Industriepolitik flankiert werden«, betonte Höbel.

An erster Stelle stehe dabei aus Sicht der IG Metall eine abgestimmte Bildungs-, Verkehrs- und Ansiedlungspolitik, die Unternehmer und Dienstleister dazu anrege, sich in der Region niederzulassen und zu bleiben. Zudem müssten Wissenschaft, Forschung und Industrie besser vernetzt werden.

Staatliche Förderung brauche neue Standards, forderte Höbel. »Sie muss sich künftig auf Unternehmen konzentrieren, die ihrer Verantwortung für Beschäftigung, Innovation und Ausbildung gerecht werden.«

Ausbildung

DGB: Skandalöse Qualitätsmängel

Eine repräsentative Umfrage der DGB-Jugend in Berlin, Brandenburg und Sachsen zeigt skandalöse Mängel in der Qualität der Ausbildung. Zu oft gebe es Ausbildung im rechtsfreien Raum, sagt der DGB. Haben etliche Firmen im Schatten des Lehrstellenmangels bei der Qualität der Ausbildung einiges schleifen lassen?

Haarsträubende Vorgänge

»Die Situation für Auszubildende ist vielerorts einfach nicht mehr akzeptabel«, sagten die DGB-Jugendsekretäre von Berlin-Brandenburg und Sachsen,

»Schluss mit dem Horror! Die Rechte von Auszubildenden gehören ins Ramenlicht!«

**Susanne Herrmann
DGB-Jugend Sachsen**

Daniel Wucherpennig und Susanne Herrmann. Erste Hochrechnungen einer Umfrage unter 2 500 Azubis ließen für die Ausbildungsqualität in ganz Ostdeutschland das Schlimmste befürchten.

Während der Berufsschultour durch Berlin, Brandenburg und Sachsen waren die DGB-Teams beim »Azubi-TÜV« zum Teil auf haarsträubende Vorgänge in Ausbildungsbetrieben gestoßen. »Elementare Rechte von Auszubildenden werden missachtet, und das ist inzwischen von der Ausnahme zum Normalfall geworden«, kritisiert Wucherpennig. Verstöße gegen diese Rechte würden oft nicht einmal mehr bemerkt. »Trotzdem bleibt es ein Skandal, wenn ein Achtzehnjähriger von Montag bis Freitag eine Ausbildung zum Bürokaufmann absolviert und am Wochenende in der selben Firma Dienst als Wachmann schieben muss.«



Foto: DGB

50-Stunden-Woche im Vertrag

»Aus einem Metallbetrieb wurde bekannt: Azubis mussten einen Vertragszusatz unterschreiben, in dem sie die 50-Stunden-Woche als Regelarbeitszeit akzeptierten. Ein Azubi, der in einem großen Autohaus in Dresden zum Fahrzeuglackierer ausgebildet wird, bekommt seine Überstunden nicht bezahlt und darf sie auch nicht abfeiern.

Die Ergebnisse der Befragung von 2 500 Azubis während der Berufsschultour belegen die Misere flächendeckend: Jeder

Berufsschultour 2005: Bei Gesprächen auf dem Schulhof kommt einiges ans Licht

vierte gibt an, dass die Berufsschulzeit nicht korrekt auf die Arbeitszeit angerechnet wird. 25 Prozent erklären, sie müssten oft ausbildungsfremde Tätigkeiten verrichten. Jeder Fünfte muss regelmäßig Überstunden machen, fast jeder zehnte erhält keinen Ausgleich dafür.

»Das Problem dabei: Die Qualität der Ausbildung leidet«, sagt Susanne Herrmann. Während es in großen und tarifgebundenen

Unternehmen mit Betriebsräten kaum Verstöße gebe, liege in kleinen und mittleren Unternehmen einiges im Argen.

Probleme bei den Kleinen

Allzu oft würden hier Ausbildungsinhalte nicht gut vermittelt und sogar regelmäßig wiederkehrende Arbeiten nicht erklärt. »Verbreitet ist inzwischen auch, Lehrlingen ausbildungsfremde Arbeiten aufzubrummen, die unter Umständen eine erfolgreiche Abschlussprüfung gefährden.« Problembranchen seien das Kfz-Handwerk, das Elektrohandwerk, der Einzelhandel, das Versicherungsgewerbe und die Wohnungswirtschaft.

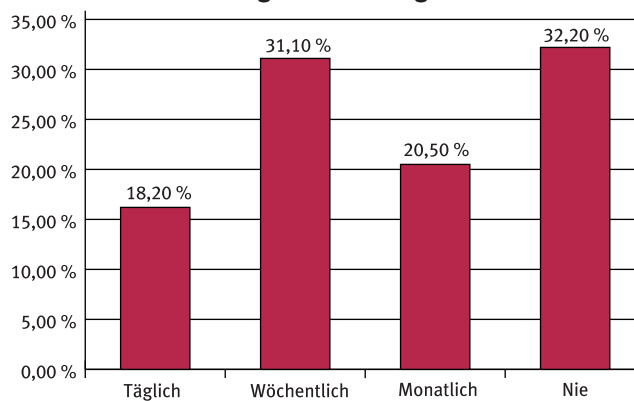
Viele Missstände hat die Online-Beratung »Dr. Azubi« zu Tage gefördert. Die Berater – erfahren und geschult – waren erschrocken über den enormen Druck, dem sich Auszubildende ausgesetzt sehen. Aus Angst nannte so mancher Anrufer seinen Ausbildungsbetrieb nicht.

Im November will die DGB-Jugend von Berlin, Brandenburg und Sachsen eine Offensive für Ausbildungsqualität in Ostdeutschland starten. »Die Umfrageergebnisse zwingen zum Handeln«, sagt Daniel Wucherpennig. »Unsere Botschaft an die Azubis: Organisiert euch in den DGB-Gewerkschaften, um eure Rechte effizient durchzusetzen. Auf der anderen Seite dürfen Medien, Politik, Kammern und Arbeitgeber vor Ausbildungsmissständen nicht länger die Augen verschließen.«

Fragt »Dr. Azubi«

► **Stress in der Ausbildung?** Ärger in der Schule? Unsicher, ob alles mit rechten Dingen zugeht? Die Online-Beratung »Dr. Azubi« hilft auch denjenigen, die noch nicht Mitglied einer Gewerkschaft sind. Jetzt reinklicken: www.dr-azubi.de

Wie häufig verrichtest du im Rahmen deiner Ausbildung ausbildungsfremde Tätigkeiten?



Graphik: DGB

Lehrlingen ausbildungsfremde Arbeiten aufzubrummen, ist leider keine Randerscheinung mehr, ermittelte der DGB

Tarif/Arbeits- und Gesundheitsschutz

Belastungen erkennen und richtig bewerten

Der Arbeit ein gesundes Maß geben – vielen, die heute mitten im Arbeitsleben stehen, entlockt ein solcher Anspruch ein resigniertes Schulterzucken. »Solche Reaktionen zeigen: Menschengerechte Arbeit und ihre Gestaltung sind ein weit verbreitetes Problem, und in diesem Zusammenhang wird leider zu viel verdrängt«, sagt Bernd Spitzbarth, der in der Bezirksleitung der IG Metall Berlin-Brandenburg-Sachsen das Projekt »Gute Arbeit« betreut.

Belastung und ERA

In dem Projekt geht es um die Gestaltung von Leistungsbedingungen im Betrieb – ein Bereich, der jetzt im Zuge der Einführung des Entgelttrahmentarifs (ERA) eine neue Bedeutung erlangt. Denn der Tarifabschluss regelt nicht definitiv, wie weit Belastungen an den einzelnen Arbeitsplätzen zu bewerten und bei der Eingruppierung in die Entgelttabelle zu berücksichtigen sind.

»Hier haben Betriebsräte einen großen Gestaltungsspielraum«, sagt Spitzbarth. Durch ihr Mitbestimmungsrecht sind sie berechtigt und verpflichtet, die Umsetzung der **gesetzlichen Vorgaben** zum Arbeits- und Gesundheitsschutz zu überwachen und darüber hinaus für sichere und gefahrungsfreie Arbeitsplätze einzutreten. In dieser Hinsicht dürfte bei der ERA-Einführung einiges auf ihren Tisch kommen.

Psychischer Druck wächst

In der modernen Arbeitswelt haben die psychischen Belastungen am Arbeitsplatz traditionelle Faktoren wie etwa Hitze, Lärm, Staub und Gifte überholt. Mitunter verstärken sie diese sogar, sagt Monika Eigenstetter vom Fachbereich Arbeits-, Betriebs- und Organisationspsychologie an der Universität Jena.

Ein Beispiel: Werden allgemeine ergonomische Anforderungen an den Arbeitsplatz nicht erfüllt (keine oder schlechte Sitzmöglichkeiten) und sind die Umgebungsfaktoren schlecht (Licht, Lärm, Hitze), ermüden die Arbeitnehmer vorzeitig und sind psychisch überansprucht. Lärm am Arbeitsplatz etwa setzt die Bereitschaft herab, anderen Kollegen Hilfe zu leisten, fand Eigenstetter heraus. Schichtarbeit und Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes erhöhten die seelische Belastung zusätzlich. Das gleiche gelte für Zeitdruck durch enge Taktung oder kurzfristige Lieferzeiten auf Kundenwunsch. Was Gewerkschafter und kluge Unternehmer längst wissen, bestätigen auch Arbeitsmediziner und -psychologen: Mitbestimmung im Betrieb ist gut für alle. Beschäftigte, die mitreden, sind zufriedener, motivierter, produktiver – kurz, sie fühlen sich besser und arbeiten besser.

Mehr Transparenz und Mitbestimmung bei den Arbeits- und Leistungsanforderungen, überschaubare Arbeitsaufgaben, die zu schaffen sind und die Menschen weder unter- noch überfordern – damit können Arbeitnehmer im Job gesund bleiben.

»Mit dem ERA können wir diesem Ziel näher kommen denn je, denn mit dem neuen Entgeltsystem hält in den Betrieben eine leistungsgerechte und transparente Entlohnungsstruktur Einzug, wobei die Arbeitnehmer ihre Leistungsbedingungen beeinflussen können«, sagt Bernd Spitzbarth.

Dieses komplexe Thema ist Gegenstand einer Fachtagung der IG Metall am 2. November 2005 in Dresden. Vorträge und Auszüge aus der Diskussion sind ab 7. November nachzulesen auf der Homepage des Bezirks: www.igmetall-bbs.de ◀



Unter Zeitdruck vieles gleichzeitig überblicken, trotzdem konzentriert und fehlerfrei arbeiten – das kann auf Dauer belastend sein.

Arbeitslose dürfen jetzt mehr hinzu verdienen

► Empfänger von Arbeitslosengeld II (ALG) können seit dem 1. Oktober 2005 mehr hinzu verdienen und ihre finanzielle Situation verbessern. Die Freibeträge werden nun aus dem Brutto- und nicht mehr aus dem Nettoeinkommen errechnet. Die ersten 100 Euro aus Erwerbseinkommen werden nicht auf das ALG angerechnet (Grundfreibetrag).

Bis zu einem Bruttoeinkommen von 800 Euro sind 20 Prozent des Betrages, der den Grundfreibetrag übersteigt, anrechnungsfrei. Nur 80 Prozent des Einkommens zwischen 100 und 800 Euro werden also mit dem Arbeitslosengeld II verrechnet.

Weitere Änderungen: Unter anderem wird die Eigenheimzulage nicht mehr als Einkommen berücksichtigt, wenn sie zur Finanzierung einer selbst bewohnten Immobilie verwendet wird. Einmalige Einnahmen wie Steuerrückerstattungen oder Weihnachtsgeld führen nicht mehr zum kompletten Wegfall des Leistungsanspruchs und damit des Krankenversicherungsschutzes. Sie werden – je nach Höhe der Einnahme – für einen gewissen Zeitraum auf den ALG-II-Anspruch angerechnet.

Für diejenigen, die bereits ALG II beziehen, ändert sich zunächst nichts, bis ihr aktueller Bewilligungszeitraum abgelaufen ist oder sie eine neue Arbeit aufnehmen. Für alle, die ab 1. Oktober erstmals ALG II bekommen, gelten die Neuregelungen sofort.

Konkrete Auskünfte für den Einzelfall geben die Arbeitsagenturen und die Verwaltungsstellen der IG Metall in Ihrer Nähe.

Schlag gegen Berlin

Samsung will Werk schließen

Wie ein Blitz aus heiterem Himmel traf den Betriebsrat und die Belegschaft des Samsung-Bildröhrenwerkes in Oberschönneweide die Entscheidung des koreanischen Konzerns, die Bildröhrenfertigung in Berlin zum 31. Dezember einzustellen und 800 Beschäftigte in die Arbeitslosigkeit zu entlassen.

Als Begründung für diesen Schlag gegen den Industriestandort Berlin wurde lapidar der Nachfragerückgang bei den klassischen Bildröhren genannt. Kein Wort dazu, dass Samsung 28 Millionen Steuergelder kassiert und mit den Gewinnen sowie dem Know-how aus Berlin Überkapazitäten am Markt durch ein neues Bildröhrenwerk in Ungarn selbst geschaffen hat. Der Betriebsrat hat, ebenso wie die IG Metall und der Senat von Berlin, seit Jahren auf den erkennbaren Nachfragerückgang bei klassischen Bildröhren hingewiesen und ein neues strategisches Produkt für das Berliner Werk gefordert. Die Verantwortlichen im Berliner Werk und in Korea reagierten nicht oder wiegelten ab.

Gleich nach Bekanntgabe des beschäftigtenfeindlichen Beschlusses des Samsung-Managements begann die Belegschaft gemeinsam mit der IG Metall

Wirtschaftssenator Harald Wolf, den Kampf der Samsung-Belegschaft und der IG Metall unterstützen. Auch alle im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien, mit



Protest der Samsung-Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen gegen die geplante Werksschließung vor dem Roten Rathaus

ihre vielfältigen Aktionen für den Erhalt des Berliner Samsung-Werkes und ihrer Arbeitsplätze. Besonders erfreulich ist, dass verantwortliche Politiker, an der Spitze der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit und

Ausnahme der FDP, beteiligten sich an den bisherigen Aktionen. »Uns haben die vielen Solidaritätserklärungen, insbesondere die der Betriebsräte, die das Berliner Industriememorandum unterzeichnet haben, für unseren Kampf um den Erhalt der Arbeitsplätze sehr viel Mut gemacht«, sagt der Betriebsratsvorsitzende Wolfgang Kibbel.

Wir stellen vor:

Arbeitskreis Arbeitslosigkeit

In unserer Verwaltungsstelle sind derzeit 8000 Mitglieder erwerbslos. Seit mehr als zehn Jahren können sie im Arbeitskreis Arbeitslosigkeit mitarbeiten.

Der Arbeitskreis bietet unter anderem Gelegenheiten zu Kontakten und Gesprächen, Informationen zu rechtlichen Fragen rund um die Arbeitslosigkeit, die Teilnahme an Veranstaltungen und Seminaren sowie Möglichkeiten, gemeinsam Projekte und Aktionen gegen Arbeitslosigkeit und Sozialabbau zu organisieren.

So wurden zum Beispiel auf In-

formationsständen über Hartz IV vor den Agenturen für Arbeit und den Job-Centern aufgeklärt.

Der Arbeitskreis besteht zur Zeit aus 65 Mitgliedern. Dieser trifft sich im 14-tägigen Rhythmus. Interessenten sind jederzeit herzlich willkommen.

Zur Arbeitskreisleitung gehören Siegfried Schicke (Sprecher), Ingrid Hannemann, Renate Rothkirch, Joachim Diercksen und Michael Blum. Weitere Informationen zur Arbeit des Arbeitskreises gibt es unter Telefon 0 30-2 53 87-1 92 oder 1 42, Internet: www.berlin.igmetall.de

Termine

Rentenberatung und -anträge für Arbeiter und Angestellte

1., 8., 22. und 29. November, 16 bis 18 Uhr, IG Metall-Haus, Raum E05, durch den BfA-Versichertenältesten Bernd Dimmey. Termine bitte unter Telefon: 0 30-31 80 78 60 abstimmen.

Senioren und Arbeitslose:

► Mittwoch, 23. November, 14 Uhr, Mitgliederversammlung, Thema: »Schutz vor Betrügern im Haus und Wohnung«, IG Metall-Haus, Saal, 5. Etage.

► Mittwoch, 16. November, 10 bis 12 Uhr, Informationen des Senioren-Arbeitskreises zu Renten- und Sozialfragen, IG Metall-Haus, Raum 204, 2. Etage.

Verwaltungsstelle Nachwahl zum Ortsvorstand

In der Delegiertenversammlung am 13. September wurde für den zurückgetretenen Günter Triebe Klaus Murawski (Otis GmbH & Co. OHG) in den Ortsvorstand gewählt. Günter Triebe widmet sich jetzt vorrangig seinen anspruchsvollen Aufgaben als Vorsitzender des Betriebsrates der Elektronik Systems Otis GmbH & Co. OHG.



Wir gratulieren zum 100. Geburtstag: Unsere Kollegin Dorothea Matthias feierte am 16. September im Kreise ihrer Familie ihren 100. Geburtstag. Die Glückwünsche der IG Metall überbrachte Klaus Wosilowsky. Zu den Gratulanten gehörte auch Bezirksbürgermeister Uwe Klett (hinten links)

Jugend voran

Nachwuchs gesucht

Jede politische Organisation, auch die IG Metall, ist bei Strafe des eigenen Untergangs darauf angewiesen, sich rechtzeitig um Nachwuchs zu kümmern.

In unserer Verwaltungsstelle stellen wir ein ungesundes Missverhältnis zwischen Mitgliedern unter 30 Jahren und den Kolleginnen und Kollegen fest, die ihr Rentenalter schon erreicht haben.

Heute wie damals ist es so, dass Arbeitgeber nicht freiwillig Lohnerhöhungen zahlen oder sie bereit sind, ihre Macht gegenüber den Arbeitnehmern freiwillig einzuschränken.

So ist einigen Unternehmen die Mitbestimmung nach wie vor ein Dorn im Auge. Es geht aber um mehr als nur um selbst-

bewusste und konfliktfähige Betriebsräte und Jugendvertreter, die für Demokratie im Betrieb sorgen.

Die materielle Ausgestaltung der Arbeitsbedingungen durch den Abschluss von günstigen Tarifverträgen bleibt die Aufgabe der Gewerkschaften und ihrer Sozialpartner, den Arbeitgebern.

Wenn es perspektivisch weniger junge Beschäftigte gibt, die wir für die IG Metall begeistern können, wird es schwer, diesen Anspruch noch zu erfüllen.

Denn ohne Mitglieder gibt es keine Gewerkschaft und ohne Gewerkschaft gibt es keine Tarifverträge.

Werbt Mitglieder für die IG Metall.

Mitglieder

Beitragsanpassung

Auf Grundlage der durchschnittlichen Inflationsrate (Verbraucherpreisindex) 2005 für das Land Brandenburg in Höhe von 2,2 Prozent, wird ausschließlich für registrierte Beschäftigte, die innerhalb eines Jahres ihren Beitrag nicht geändert haben, eine Anpassung vorgenommen.

Diese erfolgt mit der Kassierung des Mitgliedsbeitrages Anfang Dezember 2005.

Sollten Mitglieder, entgegen der Bestimmungen unserer IG Metall-Satzung, Paragraph 5, Abweichungen im kassierten Beitrag zum Bruttoeinkommen feststellen, bitten wir um kurzfristige Mitteilung an die Verwaltungsstelle, damit eine entsprechende Korrektur umgehend vorgenommen werden kann.

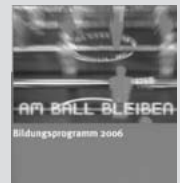
Telefon 0 35 33-4 89 30-0

Fax 0 35 33-4 89 30-9

Kurz notiert

Das neue Bildungsprogramm der IG Metall für das Jahr 2006 ist da.

Angeboten werden verschiedene Seminare für interessierte Mitglieder und Funktionäre. Schwerpunkt sind die anstehende Tarifrunde sowie die Betriebsrats- und JAV-Wahlen.



Wir gratulieren

zum 85. Geburtstag

Kurt Galle

zum 80. Geburtstag

Karl Rossberg

zum 75. Geburtstag

Christa Kaul,
Herbert Roick

zum 70. Geburtstag

Leonhard Dogs,
Herbert Görlitz,
Günter Metzger,
Manfred Blobel

zum 65. Geburtstag

Klaus Barton,
Werner Kaubisch,
Ingeborg Bormann,
Jürgen Guse, Heinz Schmidt,
Günter Lorenz,
Sieglinde Lorenz und
Ingrid Gensichen.

Allen Jubilaren unseren herzlichen Glückwunsch.

Jubilarehrung

IG Metall ehrt langjährige Mitglieder

Mit einer Festveranstaltung wurden die diesjährigen Jubilare am 14. Oktober in Finsterwalde in der Gaststätte »Zur Erholung« geehrt.

In feierlichem Rahmen und unterstützt vom Tanzsportclub Finsterwalde e.V., konnten unsere Kolleginnen und Kollegen einige angenehme Stunden verbringen. Dabei trafen sich teils

auch alte Weggefährten wieder, die sich natürlich eine Menge zu berichten hatten.

Die Verwaltungsstelle Südbrandenburg hatte insgesamt 177 Jubilare eingeladen, die auf 40 bis 75 Jahre Gewerkschaftsmitgliedschaft zurückblicken konnten.

Ralf Köhler würdigte das Wirken und Engagement der lang-

jährigen Mitglieder in seiner Festrede und nahm dabei Bezug auf die historischen Ereignisse, die im Jahre des Beitritts zur Gewerkschaft für Schlagzeilen gesorgt hatten.

Auch auf aktuelle gewerkschaftliche Herausforderungen im Bereich der Betriebs-, Tarif-, Sozial- und Gesellschaftspolitik wurde verwiesen.

Verbunden mit dem Wunsch, das angesammelte Wissen und die gewerkschaftliche Erfahrung der Jubilare auch den Jüngeren zugänglich zu machen und sich deshalb auch weiter ehrenamtlich in der IG Metall zu engagieren, konnten wir unseren Kolleginnen und Kollegen eine schöne Feier bereiten.



Ausgeplaudert von Manfred Ende Pöstchengengel und die Eiszeit

Wenn wir von zunehmender Erwärmung der Erde sprechen, meinen wir den Klimawechsel. Von zunehmender Wärme in unserer gesellschaftspolitischen Landschaft kann dagegen keine Rede sein. Im Gegenteil, wenn wir uns im Lande umsehen, scheint eher eine Eiszeit im Anmarsch zu sein. Was bislang regierende Sozialdemokraten den Arbeitnehmern und Rentnern geraubt haben, ist ein Taschendiebstahl gegenüber den Raubzügen einer zukünftig großen Koalition, die unter der Vorgabe, die Wirtschaft in Schwung bringen zu wollen, den sozialen Abbau auf breiter Front vorantreiben möchte. Was bislang auf diesem Feld unternommen wurde, reicht den Wirtschaftsbossen lange nicht. Die heimlich Regierenden sind, trotz satter Gewinne seit Jahren, nie und nimmer satt zu kriegen. Wenn gar ein Heiner Geisler als gestandener CDU-Politiker im Ruhestand, so drastische Formulierungen wie »die Geldgier zerfrisst den Herrschenden ihre Gehirne« benutzt, verwundert es nicht, dass die Linken mit ihren Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit den Besitzenden gleich ein dutzend Dorne im Auge sind. Linke haben – vornehmlich im Osten des Lands – ein hohes Wahlergebnis erzielt, aber Koalitionsverhandlungen mit ihnen sind, – als wären Linke von der Pest befallen, – geradezu undenkbar. Zugleich beschwören sie die Wählermeinung, der sie sich verpflichtet fühlen. Und während Merkel und Schröder, – eben allein dem Wähler verpflichtet – um den Kanzlerposten rangeln, stellt sich mir die Frage: Was eigentlich hat Vorrang im Denken der Spitzenpolitiker? Das Durchsetzen eines Parteiprogramms, oder das Festsetzen auf der höchsten Stufe der Karriereleiter?

Kommunen müssen alle Mietkosten erstatten

Urteil zu Hartz IV

Eine Kommune muss einem Mieter im Rahmen des Arbeitslosengeldes II alle tatsächlichen Aufwendungen seiner Wohnung erstatten. Erstmals hat mit dem Sozialgericht Mannheim (Az. S 9 AS 507/05) ein Gericht in Deutschland festgestellt, dass ein Mieter nicht nur Anspruch auf die Regelleistungen hat, sondern auch auf die Erstattung der realen Kosten für Unterkunft, Heizung, Kaltwasser und Warmwasser – also auch Nebenkosten. Die Regelleistung umfasst laut Gesetz die Bereiche Ernährung, Kleidung, Körperpflege, Hausrat, Be-

darf des täglichen Lebens, Beziehung zur Umwelt und Teilnahme am kulturellen Leben. Das Gericht stellte fest, dass die tatsächlichen Wohnungsaufwendungen zusätzlich zu den Regelleistungen erstattet werden müssen. Heizung, Wasser und Strom gehören zum »sozialen Mindeststandard«, der für die Benutzung der Wohnung erforderlich ist. Das Sozialgericht hat wegen der grundsätzlichen Bedeutung dieser Rechtsfragen die Berufung beim Landessozialgericht Baden-Württemberg ausdrücklich zugelassen.

Rechtsschutz

333 500 Euro erstritten

Rund 333.500 Euro hat die IG Metall für ihre Mitglieder im Jahr 2004 vor Arbeits- und Sozialgerichten erstritten, 15.300 im Sozial- und 318.200 im Arbeitsrecht, berichtet Joachim Dinse,

der für den Rechtsschutz zuständige Sekretär im Hennigsdorfer IG Metall Büro.

Bei den meisten Rechtsfällen ging es um betriebsbedingte Kündigungen.

Hans-Jürgen Spitzer und Stephan Riethmüller

Neu gewählt



Hans-Jürgen Spitzer ist jetzt Zweiter Bevollmächtigter unserer Verwaltungsstelle. Wir wünschen beiden Kollegen alles Gute



Stephan Riethmüller wurde als Mitglied im Ortsvorstand gewählt

Termine

Wir gratulieren den im November Geborenen

94 Jahre – Alois Sobetzki
91 Jahre – Margot Schuster
89 Jahre – Anna Schmidt
88 Jahre – Margarete Janetzki
87 Jahre – Frieda Guth
86 Jahre – Herbert Müller, Kurt Kleinschmidt
85 Jahre – Werner Schölzel
80 Jahre – Ilse Ritschel, Gerhard Lierow, Walli Senges, Adolf Jarosch, Hans Thomas
75 Jahre – Marianne Krüger, Horst Mader, Reinhard Helbig, Walter Skworz, Joachim Tietz
70 Jahre – Ingrid, Bittkau, Manfred Jochen, Gerhard Rosnau, Egon Tacke, Manfred Liste, Werner Schulz, Dietrich Weber, Waltraud Bartz, Wolfgang Kühle, Ruth Bauermeister, Helmut Schulz, Alfred Streck, Paul Ladwig, Werner Simanowski, Rudi Lange

Termine

Beratungstage im November

► **7. November, ab 17 Uhr,** Torbogenhaus Wittstock
 ► **9. November, 14 bis 15 Uhr,** AOK Service-Center Wittenberge, Perleberger Straße 16
 ► **16. November:**
Achtung: Der Ort der Beratungsstelle in Pritzwalk hat sich geändert.
Neue Adresse: 14 bis 15 Uhr, Arbeitsfördergesellschaft Pritzwalk, Freyensteiner Chaussee 4
 ► **23. November: 14 bis 17 Uhr,** Neuruppin, DGB, Heinrich-Rau-Straße 30

Die Termine für die Sprechstunden der Versichertenberater der LVA und BfA für den Monat November können unter 033 02-50 57 20 erfragt werden.

Die Mitglieder haben das Wort

Zwischen Hoffnung und Resignation

In der letzten Ausgabe der »metall« haben wir die Ergebnisse unserer Meinungsumfrage zur politischen Lage veröffentlicht. Danach war eindeutig: Die IG Metall-Mitglieder erwarten von der Politik die Sicherung und den Ausbau des Sozialstaats.

Bei mehr als 1200 Teilnehmern lagen die Hoffnungen auf der Bildung einer Linksregierung. Etwa neun von zehn Teilnehmern wollten entweder Linkspartei oder SPD wählen. Nach der Wahl wissen wir, dass eine solche Regierung unter Einschluss der Grünen zwar rechnerisch möglich wäre, jedoch – zumindest heute – der politische Konsens nicht zustande kommt.

Auf unserem Fragebogen hatten wir auch Platz für persönliche Bemerkungen eingeräumt, was von vielen Mitgliedern genutzt wurde.

Zahlreiche Äußerungen gingen in die Richtung, dass man die Macht des Kapitals einschränken müsse, dass Besserverdienende stärker zur Kasse gebeten werden müssen und dass die Politiker auch ihre Bezüge und Pensionen kürzen sollten, bevor sie anderen an die Sozialleistungen gehen.

Im folgenden drucken wir eine Auswahl der Meinungsäußerungen ab. Dabei handelt es sich jeweils um die Einzelmeinungen von Mitgliedern, die keineswegs verallgemeinert werden können. Dennoch zeigt sich darin, wie groß das Meinungsspektrum innerhalb der IG Metall ist.

Allen Teilnehmern sei herzlich gedankt.

»Auch Frau Merkel hat kein Allheilmittel. Arbeitsplätze und Geld kann sie auch nicht aus dem Ärmel schütteln.«

»Unbehagen ist zwar bei der PDS dabei. Sie war Schuld am Mauerbau, Stasi und so weiter.

Eine andere Alternative sehe ich aber nicht.«

»Keine Partei ist in der Lage, Arbeitsplätze und Lehrstellen zu schaffen. Die Technik ersetzt viele Hände.«

»Der Staat muss Rahmenbedingungen (Mindestlohn, Arbeitszeit, Ausbildungsplatzabgabe und so weiter) schaffen. Nicht einmal dazu sind die Regierungsparteien in der Lage.«

»Leider bestimmt die Wirtschaft die Richtung und die Politik ist nur das fünfte Rad am Wagen.«

»CDU wähle ich nur, weil die SPD keine Gesetze unverändert durch den Bundesrat bringt.«

»Wenn CDU/CSU und FDP vom Beseitigen der Flächentarif faseln, wird niedriger Lohn erpresst. Das ist das Ziel dieser Parteien.«

»Ich wähle links, aber für Deutschland ist eine starke SPD, die wieder zu den Wurzeln, den Arbeitern, findet, ungemein wichtig. Aber ebenso wichtig seid ihr, die Gewerkschaften.«

»Wenn Wahlen wirklich etwas ändern würden, wären sie verboten.«

»Die Politiker werden nicht allzu viel verändern, da das Kapital die Politik bestimmt. Das erkannte schon Karl Marx vor 150 Jahren.«

»Wenn alle in Deutschland ordentlich ihre Steuern zahlen würden, ginge es uns besser.«

»Es muss einen „Ruck“ in Deutschland geben, auch wenn es die nächsten fünf bis sechs Jahre weh tut.«

»Auch wenn wir Abstriche machen müssen (Urlaub weniger, Feiertage weniger, Schichtzulage, Kündigungsschutz lockern) die CDU macht wenigstens was, und wir treten nicht auf der Stelle.«

»Jeder Ex-DDR-Bürger hätte wissen müssen, was Kapitalis-

mus bedeutet. Menschenrechte sind für mich Arbeit, Wohnen, soziale Sicherheit.«

»So lange es in Europa keine einheitlichen Steuergesetze gibt, werden die Firmen in die Billiglohnländer gehen und in Deutschland Arbeitsplätze abbauen. Spitzensteuersätze runter bedeutet: die Reichen werden reicher – die Armen ärmer.«

»Ich will nur nicht, dass der Faulpelz Schröder noch mal ran kommt und die roten Socken auch nicht.«

»Politik wird vom Kapital bestimmt. Wahlen sind eigentlich Augenwischerei.«

»Es ist eine Schweinerei, dass ständig nach privater Vorsorge gerufen wird, und die meisten Leute nicht einmal wissen, wie sie ihre laufenden Kosten bezahlen sollen.«

»Es kann nicht sein, dass Unternehmen ins Ausland gehen und dies in Deutschland von der Steuer absetzen können.«

»Eine Herabsetzung des Rentenalters wäre wünschenswert und logisch, damit mehr junge Menschen nachrutschen können.«

»Die Situation ist wie 1988 in der DDR.«

»Herr Schröder muss weg, um der SPD als Arbeitnehmerpartei einen Neuanfang zu ermöglichen.«

»Solange sich die Politik für das Wohl der Reichen bemüht, wird es kein Aufwärts für die Arbeitnehmer geben.«

»Die Karre aus dem Dreck ziehen, schafft weder der eine noch der andere.«

»Trotz des verlorenen Streiks 2003 sollten die Gewerkschaften die 35-Stunden-Woche weiter thematisieren – im Interesse von mehr Beschäftigung.«

»Arbeitszeit auf 32 oder 35 Stunden verringern. Wir, die Arbeit haben, machen uns die

Mitgliederwerbung

Im Taschenkalender für 2006 wird eine Mitgliederwerbaktion angekündigt. Durch Mitgliederverluste in den vergangenen Jahren droht eine Schwächung der IG Metall. Wer bis zum September 2006 ein oder mehrere Mitglieder wirbt, nimmt an einer Verlosung teil, bei der ein siebentägiger Hotelaufenthalt in einem Haus der IFA-Hotelgruppe gewonnen werden kann.

Knochen kaputt und haben kaum Freizeit, während andere vor Langeweile verzweifeln, aber gerne arbeiten würden. Das eingesparte Arbeitslosengeld könnte als Lohnzuschuss gewonnen werden.«

Zahlreiche weitere Meinungsäußerungen befinden sich auf unserer Internetseite.

Regionaltreffen

Hiermit laden wir alle interessierten Mitglieder zu einer lockeren Gesprächsrunde ein, bei der über alle wichtigen und weniger wichtigen Fragen gesprochen werden kann. Über eine rege Teilnahme würden wir uns freuen. Wir bitten um telefonische Anmeldung.

Wann und wo?

Dienstag, 15. November, 18 Uhr
Luckenwalde, Gaststätte KRI-WAK, Grabenstraße 26

Dienstag, 15. November, 18 Uhr
Ludwigsfelde, Sportcasino, Straße der Jugend

Mittwoch, 16. November, 18 Uhr
Treuenbrietzen, Zur Eisenbahn, Leipziger Straße 22

Donnerstag, 17. November, 18 Uhr
Königs Wusterhausen, Sportgaststätte, Cottbuser Straße 38

Vertrauen ist gut - Betriebsrat ist besser

Betriebsratswahl 2006 – jetzt vorbereiten

Unter dem Motto »Vertrauen ist gut – Betriebsrat ist besser« werden die nächsten regelmäßigen Betriebsratswahlen vorbereitet. Die Betriebsräte werden nach dem Betriebsverfassungsgesetz in der Zeit vom 1. März bis zum 31. Mai 2006 gewählt.

Das trifft in der Regel für alle Unternehmen zu, die jetzt schon einen Betriebsrat haben und dessen Amtszeit im Jahre 2006 turnusmäßig ausläuft.

In unserer Verwaltungsstelle bildet für das »Projekt Betriebsratswahl 2006« die Funktionärskonferenz am 8. November den Auftakt. Hier wollen Betriebsräte und Vertrauensleute unter anderem zu Fragen der Mitbestimmung, der strukturierten Vorbereitung der BR-Wahl und zur Rolle der Vertrauensleute in diesem »Prozess« diskutieren.

»Gerade in der aktuellen wirtschaftlichen und politischen Situation bietet die Betriebsratswahl gute Chancen, die kollektive Mitbestimmung in den Betrieben ins rechte Licht zu rücken«, ist sich Klaus Dieter Utoff sicher. »Deshalb darf die BR-Wahl nicht zu einem notwendigen formellen Übel verkommen, sondern muss mit inhaltlichen Themen begleitet werden, die uns als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aktuell unter den Nägeln brennen. Kurzum, die Kandidatinnen und Kandidaten zur BR-Wahl sollten ihren Wählern vorher sagen, wofür sie nachher im Betrieb und in unserer Gesellschaft stehen wollen.«

Hast du keinen – wähl dir einen.

Mindestens fünf wahlberechtigte Beschäftigte sind erforder-



lich, um einen Betriebsrat auch in den Betrieben zu bilden, wo es bis heute noch keine betriebliche Interessenvertretung gibt.

Denn viele Rechte für die Beschäftigten können nur durchgesetzt werden, wenn ein Betriebsrat existiert.

Der Betriebsrat hat zum Beispiel Mitbestimmungsrechte bei der Festlegung der Pausen und der Lage und Verteilung der Arbeitszeit sowie der Urlaubsregelungen. Der Betriebsrat hat darauf zu achten, dass geltende Gesetze wie zum Beispiel das Arbeitsschutzgesetz und Tarifverträge eingehalten werden.

Auch in Fällen von betrieblichen Umstrukturierungen hat der Betriebsrat ein weitreichendes Mitwirkungsrecht. Das ist

ebenfalls bei Einstellungen, Versetzungen und Umgruppierungen vorhanden. Und gilt auch für die Einführung des Entgelttarifvertrages und und

Dies sind bereits genügend Gründe, um einen Betriebsrat wieder oder zum ersten Mal zu wählen. Dazu wird nach dem Betriebsverfassungsgesetz noch ein Wahlvorstand benötigt.

Bei diesen Betriebsratswahlen ist die IG Metall gerne mit Rat und Tat behilflich. Weitergehende Informationen sowie Materialien sind in der Verwaltungsstelle erhältlich.

Bereits am 29. November und Anfang Januar 2006 werden für die Wahlvorstände Tagesschulungen angeboten.

Infostände und Projektunterricht

Berufsschultour auch in Chemnitz am Start

Am 21. September war die DGB-Jugend Sachsen mit der Berufsschultour an der Industrieschule in Chemnitz zu Gast.

Die Auszubildenden von drei Berufsschulklassen erlebten an diesem Tag hautnah, wie sich Jugendliche selbst in die Gewerkschaftsarbeit vor Ort einbringen.

Dabei waren auch Jugendvertreterinnen und Jugendvertreter aus Betrieben der Region. Sie wirkten aktiv an diesem Berufsschultag mit und brachten ihre eigenen Erfahrungen ein.

Unter anderem beschäftigten sich die Schülerinnen und Schüler im Projektunterricht mit folgenden Themen: Wie sind Wirtschaft und Gesellschaft aufgebaut? Gewerkschaften – Was ist denn das? Gibt es Probleme in der Ausbildung? Welche betrieb-

lichen Akteure stehen mir zur Seite? Wie können sich Auszubildende einbringen?

Der Wechsel zwischen Projektunterricht und den Fragen an den Infoständen der Gewerkschaften war für die Berufsschülerinnen und Berufsschüler eine willkommene Abwechslung.

Im nächsten Jahr wird die Berufsschul-Tour wieder nach Chemnitz geholt, waren sich alle Beteiligten einig.



Ruhe vor dem Ansturm



Jugendliche zeigen großes Interesse

Termine

- 1. November, 16.30 Uhr: Schwerbehinderten-AK in der Verwaltungsstelle
- 3. November, ab 13 Uhr: Rentenberatung in der Verwaltungsstelle.
- 8. November, 16 Uhr: Funktionärskonferenz im Gewerkschaftshaus
- 9. November, 9.30 Uhr: Seniorenarbeitskreis in der Paul-Gruner-Straße 85
- 9. November, 17 Uhr: Ortsjugendausschuss in der Verwaltungsstelle.
- 29. November, 9 Uhr: Wahlvorstandsschulung im Gewerkschaftshaus

Seminare

- 4. bis 5. November: Wochenendseminar der Betriebsräte der Firmen ISE, OZF, FSG in Altenburg
- 11. bis 12. November: Wochenendseminar Betrieb BGH Edelstahl Lugau in Altenburg
- 11. bis 12. November: Wochenendseminar Neue Arbeit Chemnitz in Augustusburg

Die Uhr geht weiter

Am 31. Dezember endet der Kfz-Tarifvertrag

Langsam kommt Bewegung in die Tarifrunde 2005 für das Kfz-Handwerk. Allerdings unter anderen Voraussetzungen als in den Jahren zuvor. Der seit dem 6. Dezember 2004 gekündigte Manteltarifvertrag hat nun nur noch eine Laufzeit bis zum 31. Dezember diesen Jahres.

Damit treten jegliche Regelungen ab dem 1. Januar 2006 in die sogenannte Nachwirkung. Der Manteltarifvertrag beinhaltet zum Beispiel die Kündigungsfristen, die eingeschränkte Kündigung älterer Arbeitnehmer (Alterssicherung), die Regelung der durchschnittlichen wöchentlichen Arbeitszeit (derzeit 37 Stunden, verteilt auf fünf zusammenhängende Werktage), die Regelung über Mehr-, Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit und deren Zuschläge, Vereinbarungen für zusätzliche Freistellungstage, die Dauer des Erholungsurlaubs (30 Arbeitstage = 6 Wochen) und das zusätzliche Urlaubsgeld (je Urlaubstag 50 Prozent zusätzlich), sowie die Vereinbarung zur Monatsvergütung (einheitliches Entgelt unabhängig von den jeweiligen Arbeitstagen) und die Einführung eines Zeitkontos.



Aktionstag am 26. Mai 2005 vor dem Sitz der Kfz-Innung in Dresden

All diese Regelungen sind Er rungenschaften zurückliegender Tarifrunden. Dies einfach aufzugeben, würde aus gesicherten Arbeitsverhältnissen ganz schnell prekäre machen.

Was regelt die Nachwirkung? Tarifvertragsgesetz Paragraf 4 Absatz 5: »Nach Ablauf des Tarifvertrages gelten seine Rechtsnormen weiter, bis sie durch eine andere Abmachung ersetzt werden.« Sie werden somit Bestandteil des jeweiligen Arbeitsvertrags: Aber nur dann, wenn auch ein individueller Rechtsanspruch darauf besteht. Das heißt, ist ein Arbeitnehmer in einem Autohaus, das Mitglied der Innung ist, beschäftigt und auch gleichzeitig selbst Mitglied der IG Metall, dann bestehen die Nachwirkungsrechte. Für alle anderen Arbeitnehmer gibt es ab dem 1. Januar 2006 keine Möglichkeit

mehr, eine Nachwirkung zu erreichen.

Wie geht es nun weiter? Der neugegründete Tarifpartner hat derzeit nur drei Mitgliedsbetriebe aus unserem Verwaltungsstellengebiet, die BMW-Niederlassung Dresden, Daimler-Chrysler Niederlassung Dresden und die Sachsengarage Dresden. Die IG Metall wird noch in diesem Jahr mehrere Tarifverhandlungen mit dem neu gegründeten Tarifpartner für das Kfz-Handwerk führen. Ob und wie man sich auf einen neuen Tarifvertrag noch vor dem 31. Dezember 2005 verständigen kann, liegt im wesentlichen auch an unserer Stärke. Derartige Tarifverhandlungen werden nicht durch eine gute Papierlage oder nette Reden entschieden, sondern ausschließlich durch die Anzahl der Mitglieder in der IG Metall.

Eine positive Entwicklung ist seit Jahresbeginn schon deutlich geworden. Allein in den oben genannten Betrieben ist ein Zuwachs von über 100 neuen Mitgliedern zu verzeichnen. Für die Arbeitnehmer, die sich noch nicht dazu entschlossen haben, auf ihre Tarifregelungen auch noch im Januar einen Rechtsanspruch zu haben, wird es langsam knapp. Mitgliedsanträge sollten also schnellstens bei den Betriebsräten oder direkt bei der IG Metall Dresden abgegeben werden.

Komplizierter ist die Situation für Arbeitnehmer in Autohäusern, die nicht dem neuen Tarifpartner beigetreten sind. Hier tritt zwar auch die Nachwirkung für die IG Metall-Mitglieder ein, jedoch ist eine Weiterentwicklung nur durch ein koordiniertes Vorgehen eines Großteils der Beschäftigten zu erreichen. Erste Vereinbarungen wurden schon getroffen, weitere werden folgen.

Auch in diesen Autohäusern sollten so viele wie möglich den Tarifvertrag erst einmal individuell durch ihren IG Metall-Beitritt absichern. Gemeinsam werden wir dann die nächsten Schritte angehen.

Bürgerinitiative »WOBA erhalten« gegründet IG Metall Dresden unterstützt Initiative

Seit September gibt es die Bürgerinitiative »WOBA erhalten«, die es sich zum Ziel gemacht hat, die beschlossene Privatisierung der WOBA zu verhindern.

Getragen wird die Initiative von Parteien, Gewerkschaften und dem Mieterverein. Ralf Hron, Vorsitzender der DGB-Region Dresden, einer der Mitinitiatoren: »Der Ausverkauf der WOBA GmbH muss gestoppt werden. Eine Entscheidung in dieser Größenordnung kann unmög-

lich an den Bürgerinnen und Bürgern vorbei entschieden werden.«

Deshalb wird jetzt ein Bürgerentscheid angestrebt, für den es allerdings zuvor ein Bürgerbegehren geben muss. Voraussetzung ist dafür, dass 63 000 Unterschriften von Dresdnern gesammelt werden müssen.

Die Sammelaktion ist angelaufen und muss Anfang Dezember abgeschlossen sein. Weitere Informationen gibt es unter Tele-

fon 03 51-863 70-371 und -372 oder www.buergerbegehren-woba.de



Betroffene WOBA-Wohnungen in Dresden-Gorbitz

Termine

Mitgliederversammlungen für Arbeitslose und Senioren
Thema: Renten und deren zukünftige Besteuerung
► 24. November, 16 Uhr: im »Goldenen Glas«, Hauptstraße 46, 01778 Glashütte
► 29. November, 16 Uhr: im »Rosenhof«, Mühlenstraße 27, 01774 Beerwalde
Rentenberatung nur nach telefonischer Anmeldung unter 03 51-863 32 04
immer Donnerstags von 9 bis 12 Uhr

Faiveley Transport Leipzig GmbH & CoKG

1500 Euro für »Elternhilfe für krebskranke Kinder«

Vertrauenskörper und Betriebsrat der Firma Faiveley Schkeuditz übergaben nach einer betrieblichen Spendenaktion die Summe von 1500 Euro an die »Elternhilfe für krebskranke Kinder e. V.«, vertreten durch Frau Plöttner in der Kinderklinik.

Anlass war die Tarifierhöhung zum 1. März. Angeregt durch die Vertrauenskörperleitung wurde zunächst nur unter den Metallern und Metallern gesammelt.

»Aber als die Liste die Abteilun-

gen durchlief haben auch viele Beschäftigte, die nicht in der IG Metall organisiert sind, gespendet« sagte der Vertrauenskörperleiter Michael Nürnberger.

So sind am Ende 1146 Euro zusammengekommen. Der



M. Nürnberger (VK-Leiter), Frau Plöttner, W. Sucker (Betriebsrat)

Betriebsrat hat dann mit der Geschäftsleitung gesprochen und diese hat den Betrag auf 1500 Euro aufgerundet.

Hier nochmals von den Vertrauensleuten und dem Betriebsrat ein Dankeschön an die Beschäftigten, die sich an der Spendenaktion beteiligt haben.

Fristen beachten

Kontenklärung ehemaliger DDR-Bürger

Bürger, die in der DDR ein Einkommen über 600 Mark hatten und bisher keine Einkommensbescheinigung über ihr tatsächliches Bruttoeinkommen besitzen, haben nur bis 2006 die Möglichkeit, dies nachzuholen.

Die Archiv- und Dokumentationszentren, die DISOS-GmbH's der neuen Bundesländer sind nur bis Ende 2006 verpflichtet, die Einkommensnachweise der früheren Betriebe aufzubewahren.

Erst seit Januar 1992 werden die Einkommensdaten maschinell erfasst. Alle vorher erzielten Bruttoeinkünfte muss der Rentenantragsteller nachweisen. Zum Rentenantrag werden also die SV-Ausweise und alle Verdienstbescheinigungen aus der Zeit vor 1992 benötigt.

Kostenloses Service-Telefon der BfA: 0800-3331919

Antrag auf Kontenklärung aus dem Internet: www.bfa.de

Bildungsangebot

Abendschule für Mitglieder

Die IG Metall Leipzig möchte mit dem »Feierabend-Seminar« ihren Mitgliedern ein informatives Weiterbildungsangebot zu speziellen Themen anbieten.

So wird es sich um Veranstaltungen zu einem ausgewählten Thema handeln. Im ersten Teil der Veranstaltungen wird es einen fachlichen Vortrag eines Referenten geben. Der zweite Teil bleibt der Diskussion vorbehalten.

Feierabend-Seminar Nr. 1:

Da sich eine Vielzahl von gesetzlichen Bestimmungen in den vergangenen Jahren verändert haben, bieten wir unseren Mitgliedern eine entsprechende Schulungsveranstaltung unter dem Titel »Erwerbslos-Sperrzeit oder Leistung« an.

Wir wollen hier insbesondere über die Voraussetzungen und Gefahren für eine Sperrfrist nach

dem SGB II und SGB III informieren. Die Veranstaltung ist am 2. November ab 17 Uhr im Gartensaal des Volkshauses, Karl-Liebknecht-Straße 30-32, 04107 Leipzig.

Feierabend-Seminar 2:

Diesmal mit dem Thema »Betriebsrat: Warum? Wozu? Woher?«

Bei dieser Veranstaltung soll es um Rechte, Pflichten und Handlungsmöglichkeiten von Betriebsräten aus Sicht der Belegschaft gehen. Ein weiterer Themenschwerpunkt wird sich mit der Gründung von Betriebsräten beschäftigen.



Diese Veranstaltung ist am 7. Dezember ab 17 Uhr ebenfalls im Gartensaal des Volkshauses.

Wichtig:

Eine Teilnahme ist nur nach Vorlage des Mitgliedsausweises bei Seminarbeginn möglich. Für eine vorherige Rückmeldung per Telefon 0341-4862910 wären wir sehr dankbar.

Festveranstaltung für Jubilare

Ehrung in der Großen Eiche

In diesem Jahr konnten wir über 1050 Jubilare für ihre langjährige Mitgliedschaft in der IG Metall ehren.

Auf drei Veranstaltungen in der Großen Eiche in Böhlitz-Ehrenberg dankten wir den Kolleginnen und Kollegen für ihre 50-, 60-, 75- und 80jährige Treue zur Gewerkschaft.

Bei Kaffee und Kuchen mit musi-

kalischer Umrahmung wurden allerhand Erinnerungen aus dem einstigen Berufsleben aufgefrischt.

Auf eine 75jährige Mitgliedschaft in der Gewerkschaft können die Kollegen Erich Haring, Joachim Troitzsch sowie Kurt Trettner und auf 80jährige Mitgliedschaft der Kollege Herbert Altermann zurück blicken.

Termin

2. November, 14.30 Uhr
Mitgliederversammlung
Volksolidarität,
Kieler-Straße 63,
04357 Leipzig

Vertrauensleute.doc

Vertrauensleuteausschuss für Verwaltungsstelle konstituiert



Ergebnisorientiert und zielführend verlief die Gründungsversammlung des Vertrauens-

leuteausschusses unserer Verwaltungsstelle Anfang Oktober.

Engagiert hatte sich vor allem Elke Mohnke, Vertrauensfrau im Stahlwerk Gröditz für diese Zusammenkunft. Sie hatte im letzten Jahr zur Vertrauensleutekonferenz der IG Metall in Sprockhövel ihr persönliches Aha-Erlebnis.

Mit dem Gedanken im Kopf: »Was muss ich tun, um in unserer Verwaltungsstelle die Arbeit der Vertrauensleute zu aktivieren und vor allem zu unterstützen? Im Werk gibt es einen aktiven Vertrauenskörper. Wissen wir von unseren Rechten und Möglich-

keiten? Nutzen wir bereits alle Mittel? Wie läuft das in anderen Unternehmen?«

Viele Fragen – gemeinsam nach Antworten suchen.

Gemeinsam mit der Verwaltungsstelle begann Elke ihren Plan zu stricken. Für sie steht fest – nicht einfach so Vertrauensfrau zu sein – sondern nur aktive Vertrauensleute können das Gesicht der Arbeitswelt verändern.

Dieser Aspekt ist wichtiger denn je: Weil die Auseinandersetzungen nicht einfacher werden, braucht's auch noch mehr Kompetenz bei den Vertrauensleuten.

Auf der Gründungsversammlung wurde es konkret: Nach einer allgemeinen Einführung zu Handlungsrahmen und -feldern von Vertrauensleuten wurden

Bildungsbausteine für Vertrauensleute vorgestellt, die monatlich angeboten werden (siehe Kästen unten). Der Zeitrahmen umfasst zwei Stunden.

Ein toll gemachter Flyer dient zur Werbung für unsere Bildungsbausteine in weiteren Unternehmen. Einige Angebote sollen auch den betrieblichen Tarifkommissionsmitgliedern unterbreitet werden.

Am Ende der Sitzung strahlt die neugebackene Vorsitzende Elke Mohnke: »Wir haben uns – zunächst in kleiner Gruppe (vier Betriebe sind vertreten) aber noch rechtzeitig auf den Weg gemacht.«

Zum stellvertretenden Vorsitzenden des Vertrauensleuteausschusses wurde Kollege Thomas

Plach, VKL-Leiter bei Vallourec & Mannesmann, Werk Zeithain, gewählt. Im nächsten Jahr stehen großen Aufgaben an: die Betriebsratswahlen, die Tarifausschüsse, die Tarifauseinandersetzung. Beide Bereiche sind Schwerpunkte für die Arbeit der Vertrauensleute. Damit geht also auch die Hoffnung einher, in weiteren Betrieben die Vertrauensleutearbeit zügig zu aktivieren. Erfolgreiches Handeln ist

nur möglich im Verbund von starken Vertrauensleuten – starken Betriebsräten – starken Belegschaften und einer starken IG Metall.



Elke Mohnke
Vorsitzende des Vertrauensleuteausschusses

Vertrauensleutetreffen

1. Vertrauensleute-Treffen Aufgaben der Vertrauensleute im Betrieb

17. November
17 bis 19 Uhr
Gewerkschaftshaus Riesa,
Goethestraße 102

2. Vertrauensleute-Treffen Rechte der Mitglieder aus dem Tarifvertrag

14. Dezember
17 bis 19 Uhr
Gewerkschaftshaus Riesa
Goethestraße 102

3. Vertrauensleute-Treffen Rechte der IG Metall Mitglieder aus der Satzung

Januar 2006
17 bis 19 Uhr
Gewerkschaftshaus Riesa
Goethestraße 102

4. Vertrauensleute-Treffen Zeit für Zukurzgekommenes

Februar 2006
17 bis 19 Uhr
Gewerkschaftshaus Riesa
Goethestraße 102

Angeklickt

Angeklickt I

»Mehr zu bieten – neues Outfit«

Unter www.igmetall.de strahlt die Internetpräsenz der IG Metall im neuen Outfit und hat inhaltlich mehr zu bieten. Noch mehr Service und Wissenswertes für aktive Metallerinnen und Metaller im Extranet der IG Metall (<http://extranet.igmetall.de>).

Angeklickt II

»Komplett erneuert«

Unser Bezirk Berlin-Brandenburg-Sachsen tritt im Internet mit neuer Präsenz auf. Aktuelles aus dem Bezirk mit Links zu den Verwaltungsstellen unter: www.igmetall-bbs.de

Angeklickt III

»Riesa wieder online«

Unter www.riesa.igmetall.de gibt es nun das Aktuelle aus unserer Verwaltungsstelle, zum Beispiel Termine, Berichte aus den Berieben, Branchenarbeit, Personengruppenarbeit, Seminarangebote, Infos und so weiter.

Die Neuen sind da

Jede Menge Power und viel Spaß

Willkommen im neuen Lebensabschnitt.

Die Ausbildung beginnt, eigene Ansprüche an die Zukunft werden formuliert. Jetzt heißt es Lernen, Verantwortung übernehmen. Geld verdienen? Nach der Ausbildung Übernahme? Perspektive? Traum oder Wirklichkeit.

Die IG Metall sorgt mit den Betriebsräten und Jugendvertretern dafür, dass auch eure Rechte respektiert werden.

Alles Gute. Jede Menge Power und viel Spaß für die Ausbildung. Eure IG Metall Riesa.

Kurz notiert

Wahlvorstandsschulung

23. November,
8.30 bis 16 Uhr in Riesa

30. November,
8.30 bis 16.30 Uhr in Dresden

Frauenseminar IG Metall Riesa

11. und 12. November

Jugendseminar IG Metall Riesa

18. und 19. November

Jubilarehrung

25. November, Gaststätte »Sachsenhof«, Hauptstraße 65 in Riesa

Betriebsräteinformationsveranstaltung und Delegiertenversammlung

7. Dezember

Blitzumfrage im textilen Reinigungs und Dienstleistungsgewerbe

Nicht überall geht's sauber zu

Nicht überall, wo sauber drauf steht, geht es auch sauber – sprich sozial gerecht – zu.

Die Schmutzkonkurrenz zwischen Arbeitgebern im textilen Reinigungsgewerbe hat sich auf deren Verbände ausgeweitet. Nach dem Beispiel von Billig-Tarifverträgen mit sogenannten »Christlichen Gewerkschaften« haben jetzt zahlreiche, nicht unbedeutende Betriebe ihren Austritt aus dem Arbeitgeberverband intex erklärt. Das Ziel dieser konzertierten Aktion ist ganz offensichtlich: Weg von der Tarifbindung, hin zu Lohn- und Sozialdumping mit einem unabseh-

baren Ende. Davon betroffen ist auch der Plauener Betrieb der Berendsen-Gruppe. Aber eine kurzfristige Kostenentlastung auf dem Rücken der Beschäftigten ist mit der zu über 90 Prozent gewerkschaftlich organisierten Belegschaft nicht zu machen. Die Arbeitnehmer, die unter verschärften Arbeitsbedingungen wie gestiegenem Leistungsdruck sowie körperlichen und psychischen Belastungen mit hoher Flexibilität immer für den Betrieb da waren und sind, werden sich ihre Tarifbindung nicht nehmen lassen. »So wie wir unseren Haustarifvertrag erkämpft

haben, so werden wir ihn auch verteidigen.« Das machten die Metallerrinnen und Metaller in Betriebsversammlungen und Aktionen klar.

Darüber hinaus appellieren sie an die auch in der IG Metall Zwickau nicht tarifgebundenen Beschäftigten im Textilen Dienstleistungsgewerbe: Lasst euch nicht zu billigeren Arbeitsbedingungen erpressen und somit uns alle immer stärker unter den Druck einer Lohnsenkungsspirale bringen. Wir haben vor fünf Jahren damit Schluss gemacht und unseren ersten Tarifvertrag erstritten. Das könnt ihr auch.

Tarifverhandlungen im Zwickauer Mercedes Autohaus Lueg GmbH

»... Und Schuld ist nur die böse IG Metall«

Mit Schreiben vom 1. August forderte die IG Metall Zwickau den Geschäftsführer des Autohauses Lueg GmbH zu Tarifverhandlungen auf. Die Forderung der Metall-Mitglieder war schlicht und kurz:

Wiederinkraftsetzen der gekündigten Tarifverträge und eine bescheidende Lohnerhöhung von 3,5 Prozent. Am 5. August hatten wir verhandelt und ein Ergebnis erzielt, das beide Verhandlungspartner als machbar und fair bezeichneten. Abweichend vom bisherigen Tarifver-

trag sollte die Wochenarbeitszeit auf 38 Stunden erhöht werden und das bei vollem Lohnausgleich. Im Gegenzug sollte die Lohnerhöhung ab 1. September 1,9 Prozent betragen. Dieser Tarifvertrag wurde leider von der Gegenseite nicht unterzeichnet, sondern durch ein neues ultimativeres Angebot der Geschäftsleitung beantwortet: Die Arbeitszeit sollte erhöht werden. Für die betriebliche Tarifkommission war das unannehmbar. »Mehr arbeiten, eventuell ohne dafür Lohn zu

erhalten, auf keinen Fall«, war der Tenor der Metaller. Die Reaktion des Geschäftsführers war ein Aushang mit dem Inhalt, dass mit dem Scheitern die Leistungen wie Urlaubsgeld und so weiter nicht umgesetzt werden können. Vom Nachwirken von Tarifverträgen im gekündigten Zustand hat er wohl nichts gewusst oder nur versucht, die Belegschaft einzuschüchtern.

Wenn das die neue Politik im Autohaus mit dem guten Stern ist – dann gute Nacht, Mercedes.

Außenstellen

► 7. und 21. November, 15.30 bis 17 Uhr: Rechtsberatung jeden Mittwoch von 13 bis 17 Uhr, IG Metall-Außenbüro Plauen, Martin-Luther-Straße 42,

► 3. und 17. November, 15.30 bis 17.30 Uhr: ABC-Altmarkt 9, Sprechstunde Nebenstelle Auerbach

► 8. und 22. November, 14 bis 18 Uhr: Büro Annaberg-Buchholz, Arbeitsamt Annaberg, Zimmer 212, Dresdner Straße 22,

► 24. November, 15.30 bis 17.30 Uhr: Haus der Vereine, Fritz-Ebert-Straße 25, Nebenstelle Reichenbach

► 2. November, 14 bis 17.30 Uhr, Lindenstraße 3, Nebenstelle Klingenthal

► jeden Donnerstag von 13 bis 17 Uhr, Ernst-Bauch-Straße 9 in Aue

Sprechstunden des Rentenversicherterberaters:
Termine mit Karl-Heinz Madlung bitte telefonisch unter 03761-804240 vereinbaren. Er berät zur Rentenantragstellung, Kontenklärung und überprüft Rentenbescheide.

Jugendaktion in Zwickau

Gemeinsam gegen Rechts

Am 12. September verteilte die NPD zum Wahlkampf eine sogenannte »Schulhof-CD« bundesweit an jugendliche Erstwähler. Sie enthielt nationalistische und ausländerfeindliche Liedtexte.

Die IG Metall Zwickau wendet sich entschieden gegen derartige Aktionen und ruft alle gesellschaftlichen Kräfte dazu auf, alles dafür zu tun, dass 60 Jahre nach

Kriegsende Rechtsextremismus, Gewalt und Ausländerfeindlichkeit in Deutschland keine Chance haben.

Aus diesem Grund verteilten jugendliche Metaller gemeinsam mit Verdi-Jugend und den Jusos am 12. September CD's mit dem Titel »Gemeinsam gegen Rechts«. Mehr auf unserer JugendHomepage.

Jubilarehrung

Danke für eure Treue



Am 23. September dankten wir im ausgebauten Ballhaus »Neue Welt« Zwickau Gewerkschaftern für ihre langjährige Treue.

Erstmals wurden auch Aktive der ersten Stunde, die seit 1945 am Neuaufbau der Gewerkschaften mitwirkten, für ihre 60jährige Mitgliedschaft geehrt